

Tod in Abschiebehaft - Rede des FR

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vor einer Woche, am 16. April gab es zum 2. Mal innerhalb kurzer Zeit einen Todesfall in Abschiebehaft in Hamburg. Yeni P., eine junge Indonesierin wurde erhängt in ihrer Zelle im Frauenknast Hahnöfersand aufgefunden. Sie war seit dem 23. Februar inhaftiert, zunächst in Untersuchungs- dann in Abschiebehaft.

Vermutlich war sie ein Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution. Sie wurde sexuell ausgebeutet und betrogen. Daraus hatte sie sich aber wohl lösen können und am Ende selbständig als Sexarbeiterin gearbeitet. Bei einer Polizeirazzia wurde sie festgenommen und sollte nun nach Indonesien abgeschoben werden. In ihren Abschiedsbriefen hatte sie u.a. Angst vor einer begleiteten Abschiebung und umgehender Inhaftierung in Indonesien geäußert.

Yeni hat nichts anderes gemacht als sich das für deutsche PassbesitzerInnen selbstverständliche Recht auf Bewegungsfreiheit und auf ein selbstbestimmtes Leben zu nehmen, in dem sie selbst entscheidet, wo und wie sie lebt. Dieses Recht aber wird Flüchtlingen in diesem Land nur in Ausnahmefällen zugestanden. Viele, v.a. die nur "Gedulteten" müssen jederzeit mit Abschiebung in Not, Elend oder sogar Knast, Folter und Tod rechnen.

Um diese Abschiebedrohung durchzusetzen, werden Flüchtlinge eben auch in Abschiebehaft genommen. Jede Inhaftierung ist staatliche Freiheitsberaubung, aber bei der Abschiebehaft kommt noch hinzu, dass es erstens keinen wirklichen Grund für die Haft gibt, denn selbst zu bestimmen, wo mensch leben möchte, ist kein Verbrechen! - Und zweitens gibt es für Abschiebehäftlinge keine Perspektive, denn im Gegensatz zu Strafgefangenen die wissen, wann sie ihre Haft abgesessen haben und wieder frei kommen, gibt es für A-Häftlinge am Ende nur die Abschiebung!

Das lässt diese Menschen verzweifeln. Nicht nur Yeni P. und David M., der sich vor sechs Wochen in Hamburger A-Haft das Leben genommen hat, sondern noch mindestens 23 weitere Menschen haben in den letzten 10 Jahren in Hamburger Abschiebehaft versucht, ihrem Leben lieber selbst ein Ende zu setzen, als diese unmenschliche Bedrohungssituation länger auszuhalten!

Nach dem Tod von David haben wir vom Flüchtlingsrat eine Strafanzeige gegen die verantwortlichen Senatoren Ahlhaus von der CDU und Steffen von der GAL gestellt und ihren Rücktritt gefordert, denn sie und die ihnen unterstellten Ausländer- und Justizbehörden waren letztlich für Davids Tod verantwortlich. Und die selben Senatoren sind auch für Yenis Tod verantwortlich. Deshalb erneuern wir unsere Forderung: **Herr Ahlhaus und Herr Steffen, treten Sie zurück! - Sie haben den Tod von mindestens zwei Menschen zu verantworten!**

Die Hamburger Regierung aus CDU und GAL hatte genügend Zeit, Konsequenzen aus dem Tod von David zu ziehen. Sie hätte somit den Selbstmord von Yeni verhindern

können. Falls sie ihre rigide Abschiebepolitik nicht ändert, wird sie auch weiterhin die Verantwortung dafür tragen, wenn sich erneut Menschen in Haft aus Angst vor Abschiebung das Leben nehmen sollten. Der verantwortliche Justizsenator Till Steffen (GAL) äußerte lauthals: „Der Selbstmord von Yeni P. hat mich tief getroffen“. Dabei trägt seine Partei die Abschiebepolitik seit Jahren mit. Die GAL kündigte jetzt lediglich an, einen "Runden Tisch" einzurichten, doch der soll in keinsten Weise öffentlich sein, ja, noch nicht einmal die Oppositionsparteien der Bürgerschaft einbeziehen, sondern die Koalitionsfraktionen wollen allein mit ExpertInnen über die Abschiebepolitik reden. Doch statt immer nur zu reden, müssen endlich Konsequenzen gezogen werden! - Wir wollen nicht noch mehr Abschiebehaft, Überwachung und Kontrolle sondern Freiheit für die Inhaftierten und Schluss mit der rassistischen Abschiebepolitik!

Unsere Forderungen sind:

- **Sofortige Abschaffung der Abschiebehaft und Freilassung der Inhaftierten!**
- **Rücktritt der verantwortlichen Senatoren Ahlhaus und Steffen!**
- **Schluss mit der rassistischen Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!**
- **Bewegungsfreiheit, Bleiberecht und gleiche Rechte für alle!**

Hermann Hardt
Flüchtlingsrat Hamburg